

483/11

Bericht und Antrag

des Finanzausschusses zur Regierungsvorlage betreffend Kontrollstelle Kundl, Baustufe III - Sanierung und Erweiterung.

Berichtersteller: LAbg. Fritz GURGISER

Die Kontrollstelle Kundl wurde nach langen Diskussionen und „Verhinderungsversuchen“ vor allem von Seite diverser Güterbeförderer im Jahr 2000 an der A 12 Inntalautobahn, der am höchsten frequentierten alpinen Straßentransitroute im Anwendungsbereich des Rahmengenbietes der Alpenkonvention von Rosenheim bis Verona, in Betrieb genommen. Mittlerweile wurden an der Brennerstrecke im Nordtiroler Teil ebensolche Kontrollstellen in Radfeld (A 12) und am Brenner (A 13) realisiert.

Die zwingende Notwendigkeit dieser Kontrollstellen, um die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften wie bspw. Lenk- und Ruhezeiten, Maße und Gewichte, Deklaration von Ladungen, Einhaltung von Fahrverboten zum Schutz der Umwelt etc. zu gewährleisten und auch den technischen Zustand der Fahrzeuge zu überprüfen, steht angesichts von Werktagsfrequenzen von rund 10.000 Lastkraftwagen außer Streit und ist insbesondere zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit unabdingbar.

Die nunmehr zu beschließende Baustufe III soll die Effizienz dieser Kontrollstelle und vor allem die Arbeitsbedingungen der Exekutive deutlich verbessern. Dies ist umso mehr notwendig, da uns die EU-Kommission mit ihrem Weißbuch Verkehr 2011 klar signalisiert hat, dass sie in Zukunft im Güterverkehr deutlich mehr auf die Straße als auf die Schiene setzen will. Effiziente Kontrollen sind daher zum Schutz der Verkehrssicherheit, zum Schutz unseres Lebens- und Wirtschaftsraumes sowie zum Schutz der Berufskraftfahrer entlang einer derart stark befahrenen alpinen Transitroute eine mehr als selbstverständliche und zwingende Notwendigkeit.

Der führende Finanzausschuss empfiehlt dem Haus einstimmig die Annahme dieser Regierungsvorlage.

Es wird beantragt, der Landtag wolle beschließen:

„Der Regierungsbeschluss vom 5. Juli 2011 betreffend Kontrollstelle Kundl, Baustufe III – Sanierung und Erweiterung wird genehmigt.“

Innsbruck, 22.09.2011